Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4789, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 4.3 — Sonntag, 28. September 1919. Morgen-Ausgabe. — 58. Jahrgang.

Clemenceau zur Entwaffnung Deutschlands.

Drahtmeldung.

Versailles, 27. September.

Der Friedensausschuß der französischen Kammer beriet gestern nachmittag die Tagesordnung des Abgeordneten André Lefèvre:

„Die Kammer ersucht die Regierung, Verhandlungen mit den Signatarmächten des Vertrages von Versailles einzuleiten, um einen Zusatz zum Friedensvertrag anzunehmen, der die Entwaffnung Deutschlands und seiner Verbündetenvollständig mache durch das Verbot gewisser Kriegsindustrien und durch jede notwendig erscheinende Maßnahme."

Nach dem „Temps" setzte der Ministerpräsident zu dem Antrag Lefèvre auseinander, daß der Friedensvertrag durch seinen Artikel 168 alle notwendigen Maßnahmen tiefere, um die Entwaffnung Deutschlands effektiv zu machen, aber er sei der Ansicht, daß er sich im Prinzip mit der Annahme einer Tagesordnung dieser Art einverstanden erklären könne. Er mache nur Vorbehalte hinsichtlich der redaktionellen Abfassung der Tagesordnung, da der Text nur die Verbündeten betreffen dürfe, aber nicht Deutschland, denn mit ihm könne man unter keinen Umständen neue Verhandlungen anknüpfen. Endlich sei er der Ansicht, daß die Annahme einer derartigen Tagesordnung erst nach Ratifizierung des Friedensvertrags durch die Kammer erfolgen könne. Es handle sich hier für die Regierung um eine Frage der Würde, und er erklärte ausdrücklich, daß er seine Verantwortlichkeit nach dieser Richtung voll aufrechterhalte und die Vertrauensfrage stellen werde.

In seinem heutigen Leitartikel zieht „Temps" das Fazit aus der gestrigen Rede Clemenceaus und sagt, es müsse zu einer Lösung kommen. In politischer Hinsicht müsse sie gestatten, Streitfälle zu vermeiden, vor allen Dingen unter den Verbündeten, militärisch müsse Deutschland wirklich entwaffnet werden, und man dürfe ihm keine Kanone lassen, die es gegen die Polen richten könnte, in finanzieller Hinsicht müsse die Lösung die Zahlung der Summe, die Deutschland seinen Opfern schulde, sicherstellen. Die Frage, ob dem so sei, würde schließlich die Abstimmung beeinflussen müssen. Deshalb wendet „Temps" sich nochmals an Frankreichs Verbündete und sagt ihnen: Berücksichtigt die Erfahrungen der letzten drei Monate. Legt die Bürgschaften fest und vervollständigt sie im Interesse aller, und zwar schnell!

Die Friedensrede des Sozialisten.

Havas-Meldung.

Paris, 27. September.

In der Kammer kritisierte der Sozialist Renaudel den Friedensvertrag. Er äußerte sich dahin, daß dem Krieg mit den Waffen nicht ein Wirtschaftskrieg folgen dürfe. Der Friede müsse das nationale Leben wieder aufrichten und eine internationale Einigkeit schaffen. Es sei unmöglich, daß der Völkerbund auf wirtschaftlichem Gebiet etwas erreichen könne, wenn 300 Millionen Deutsche, Oesterreicher und Russen ihm nicht angehörten. Wenn sich die internationale Einmütigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete nicht zeige, werde man eine Hungersnot haben.

Der Regierung warf der Redner vor, daß sie keine bestimmte Wirtschaftspolitik habe, hauptsächlich aber den Friedensunterhändlern, sie hätten den Deutschen die Kolonien weggenommen und sie einer wirtschaftlichen Ausdehnungsmöglichkeit beraubt. Deshalb würde Deutschland zur Kolonisation Rußlands getrieben. Der Krieg habe Frankreich von Deutschland und Rußland getrennt. Es seien wirtschaftliche Beziehungen notwendig, um Frankreich wieder näher zu diesen Ländern zu bringen. Die deutschen Sozialisten sollten die für den Krieg Verantwortlichen selbst bestrafen und mit den anderen Sozialisten zum Triumph der Arbeit mitwirken. Die Regierungen hätten ihren Frieden gemacht, die Völker verlangten einen anderen.

Renaudel schloß mit einem Aufruf zur Vereinigung aller Proletarier.

Reichsminister Müller über die deutsche Politik.

Ein Interview in der Genfer „Feuille".

Eigene Drahtmeldung.

A. **Zürich**, 27. September.

Jean Debrit, der Chefredakteur der Genfer „Feuille", die offen und mutig die einseitige ententefreundliche Orientierung der Westschweiz bekämpft, berichtet über eine bemerkenswerte Unterredung, die er kürzlich bei einem Berliner Aufenthalt mit dem Reichsministerdes Auswärtigen hatte.

Die Hauptsorge von Müller gilt danach dem Wiederaufbau des durch den Krieg zertrümmerten Deutschland, dazu kommt die Wiedergutmachung der Verpflichtungen in Nordfrankreich, eine Arbeit, von der der Minister hofft, sie werde den Franzosen einen ganz neuen Begriff vom deutschen Volk beibringen. Starke Erwartungen knüpft der Minister auch an die Einführung des Betriebsräte systems in der deutschen Industrie, das keinerlei politischem Zweck diene, vielmehr berechtigte Ansprüche der Arbeiterschaft auf ein berufliches Mitbestimmungsrecht zu erfüllen suche, da die bloße Gewinnbeteiligung nicht genügen könne. Die Arbeitslosen betrachtet Müller ebenso wie den Rohstoffmangel als vorübergehende Kriegsfolge.

Auf die Frage Herrn Debrits, ob die Haltung der deutschen Truppen in Kurland die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Verbündeten nicht stören würde, versetzte der Minister, General von der Goltz tue alles, um seine Truppen nach Hause zu bringen. Unsere die Truppen allen Befehlen Trotz böten, habe Deutschland über sie die vollständige Sperre für Lebensmittel, Munition und Sold verhängt. Mehr, fügte Müller hinzu, können wir nicht tun; denn wir finden keinen einzigen Soldaten, der sich dazu herbeiließe, gegen seine dortigen Kameraden zu marschieren. Als der Besucher die Meinung äußerte, die Abschaffung von Heer und Flotte in Deutschland und die Umbildung der ihm noch verbliebenen Armee in ein Polizeikorps müsse der Entente jeden Vorwand entziehen, ihren Völkern die gänzliche Wehrlosigkeit zu verbergen, wandte der Minister ein, die Beibehaltung einer ausreichenden bewaffneten Macht sei unbedingt notwendig, um allen Bürgerkriegsgefahren erfolgreich begegnen zu können. Ob dies durch ein Heer geschehe oder durch eine Gendarmerietruppe, sei eine Formfrage. Auf jeden Fall habe die kleine deutsche Armee keinerlei kriegerische Gelüste. Die gänzliche Abrüstung sei übrigens Sache des Völkerbundes, welchen Müller trotz allem noch als greisfaires Organ für die friedliche Entwicklung der internationalen Beziehungen ansieht.

* * *

Wir geben die Meldung unseres Berichterstatters wieder, indem wir es dahingestellt sein lassen, ob das Interview in der Fassung der „Feuille" genau zutrifft.

Eine schwedische Stimme über Deutschlands Entlastung.

Stockholm, 26. September. „Nya Daglight Allehanda" kommen in zwei eingehenden Aufsätzen über die Wiener Enthüllungen zum Ausdruck des Krieges zu folgendem Schlußergebnis:

Es scheint unmöglich, nach Durchprüfung von Oesterreichs rotem Buch noch weiterhin Deutschland und Kaiser Wilhelm als die Verbrecher hinzustellen, zu denen die Entente sie hat machen wollen. Was man Deutschland vorwerfen kann, ist, daß es, allzu naiv und einfältig in seiner Bundestreue, nicht bei Zeiten der gefährlichen Hinterlichtigen Politik Halt gebot, sondern sich dazu hat verleiten lassen, für sie zu leiden und zu sterben. Andere Mächte als Deutschland wollten den Krieg, nicht außer Oesterreich, das völlig blind gewesen zu sein scheint, Rußland und Frankreich, welche die Katastrophe planmäßig vorbereitet haben. Der Zusammenbruch beginnt sich zu klären.

Was besonders Kaiser Wilhelm anlangt, so kann er bei einer juristischen Untersuchung in einem Prozeß nur gewinnen vorausgesetzt, daß sie von Männern geführt wird, die die Wahrheit zu ans fördern und nicht absichtlich einen Justizmord begehen wollen.

Ausbruch des englischen Eisenbahnerstreiks.

Die Vorkehrungen der Regierung.

Eigene Drahtmeldung.

V. **Kopenhagen**, 27. September.

Die Verhandlungen zur Beilegung des englischen Eisenbahnerkonflikts sind gescheitert. Am Freitagabend teilte der Generalsekretär des Eisenbahnerverbands, Thomas, nach einer Rücksprache von einer Unterredung mit Lloyd George mit, daß der Streik um Mitternacht beginnen werde. In Erwartung dieses Ereignisses hatte sich in den letzten Tagen eine Panik der Reisenden bemächtigt. Alle Züge waren überfüllt; für Fahrkarten wurden ungeheure Preise bezahlt. Die Strecke London—Dover und zurück kostete 25 Pfund, London—Glasgow 150 Pfund. Eine Firma hat bereits einen Flugdienst für ihre Reisenden eingerichtet.

Der Generalstreik wird das ganze Land, und zwar namentlich Gas- und elektrische Bahnen umfassen. In einer am Freitag ausgegebenen Erklärung erklärt Thomas, daß dieser Tag der schwerste seines Lebens sei. Man habe keine Möglichkeit gespart, um einen Ausstand zu vermeiden, Lloyd Georges Haltung jedoch keine andere Wahl gelassen.

Die Regierung scheint entschlossen zu sein, der Krisis mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu begegnen. In einer offiziösen Mitteilung wird überklärt, daß man im Notfall auch mit bewaffneter Macht einschreiten werde. Das Kriegsministerium ersucht, die Bauarbeitungen und die Demobilmachung zu suspendieren. Die Bahnen sollen militärisch bewacht werden; jedoch sind noch keine Anstalten getroffen, das Bahnpersonal durch Soldaten zu ersetzen. Der Lebensmittelkontrolleur läßt mitteilen, daß alle Maßnahmen eingeleitet sind, um die Lebensmittelzufuhr für die Bevölkerung auf den Landwegen aufrechtzuerhalten.

Deutsch-Oesterreichischer Gesandter in Paris.

Wien, 27. September. (Eigene Drahtmeldung) Wie in politischen Kreisen verlautet, wird nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich der Sektionschef Johann Eichhoff zum Gesandten in Paris ernannt werden.

Der Homeruleplan des englischen Kabinetts.

V. **Kopenhagen**, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) Das englische Kabinett beriet vor gestern abend die irische Frage. Wie verlautet, wurde beschlossen, das bisherige Verhalten gegen die Sinnfeiner beizubehalten. Es wurde Einigkeit darin erzielt, Irland Homerule zu gewähren, jedoch mit hinreichender Berücksichtigung Ulsters. Jeder irischen Grafschaft soll die Wahl freistehen, Vertreter zum irischen Parlament oder nach London zu entsenden. Ein ausgearbeiteter Homeruleplan soll dem Parlament sofort nach dem Zusammentritt vorgelegt werden.

Die Gefangenenheimkehr aus Sibirien.

Versailles, 27. September. Der Fünferrat setzte in seiner heutigen Sitzung eine Kommission ein, die beauftragt wurde, die Rückführung der deutschen und der österreichischen Kriegsgefangenen aus Sibirien in die Wege zu leiten. Jedoch sollen vorher die dort befindlichen tschecho-slowakischen Truppen zurückbefördert werden.

Verbandsdrohungen gegen Denikin.

Eigene Drahtmeldung.

R. **Basel**, 27. September.

Nach Mitteilungen der französischen Presse ist die Verbandskommission für die Ukraine über Marseille, Konstantinopel nach Odessa abgereist. Sie hat genaue Weisung, ein Abkommen zwischen Denikin und Petljura zu erreichen. Die Verbündeten haben Denikin wissen lassen, daß sie, wenn er seine Angriffspolitik gegen die Ukraine nicht aufgibt, gezwungen sein werden, sämtliche Sendungen an Munition und Kriegsgerät einzustellen.

Die Delegation besteht aus mehreren Offizieren sowie aus einigen Vertretern des englischen, französischen und italienischen Auswärtigen Amts.

Bern, 27. September. Nach Meldungen des ukrainischen Pressebureaus machte der Aufstand in der Ukraine gegen Denikin. Im Gebiet von Boguschary sollen die Aufständischen nach Zehntausenden zählen. In Kiew befindet sich Denikin in derselben Lage wie vor neun Monaten Skoropadski. Die Bauern haben die Lebensmittelzufuhr wieder eingestellt. Bei Scheperlinka haben die Aufständischen die Schienen aufgerissen und einen russischen Militärzug zum Entgleisen gebracht. Mehr als 100 Soldaten Denikins kamen dabei ums Leben.

Graf Romanones besucht Paris und London.

Versailles, 27. September. Graf Romanones verläßt heute Madrid, um sich nach Paris und London zu begeben.

König Peter von Serbien wieder in Belgrad.

Versailles, 27. September. Nach „Temps" ist König Peter von Serbien gestern nach fünfjähriger Abwesenheit nach Belgrad zurückgekehrt. Er wird eine Privatvilla bewohnen.

Annahme des Notetats im Reichsrat.

Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Abendsitzung den Notetat einstimmig angenommen.

Ludendorffs Buch.

Unter der Ueberschrift „Ludendorffs Hilfe für die Kriegskrüppel" bringt ein Berliner Abendblatt die Mitteilung, daß der Reinertrag aus den in der ganzen Welt verkauften Kriegserinnerungen Ludendorffs ungefähr 20 Millionen Mark betragen würde. Das Blatt will von zuverlässiger Seite erfahren, daß Ludendorff den Gesamterlös den im Weltkrieg verstümmelten deutschen Soldaten zuführen wird. Wie wir von unterrichteter beteiligter Seite erfahren, entspricht die Nachricht in allen ihren Einzelheiten nicht den Tatsachen. Das Erträgnis von 20 Millionen Mark ist natürlich vollkommen phantastisch. General Ludendorff soll bisher Einnahmen aus seinem Werk überhaupt noch nicht gehabt haben.

Ablehnung des deutschen Protestes betreffs Eupen und Malmedy.

S. **Haag**, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) **Der Fünferrat hat gestern beschlossen, den deutschen Protest gegen die Maßnahmen der belgischen Behörden in Eupen und Malmedy abzulehnen.**

Kritik und Gegenkritik.

„B. Z. am Mittag" veröffentlichte in ihrer gestrigen Nummer eine Ausführung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" unter der Ueberschrift: „Das A. A. entschuldigt sich". Durch diese Ueberschrift wird der Eindruck erweckt, als handele es sich bei unseren Darlegungen um einen offiziösen oder beeinflußten Artikel. Wir halten es für angebracht, demgegenüber ausdrücklich festzustellen, daß sich die Zurückweisung der Angriffe des Blattes aus dem Auswärtigen Amt, die unsere Darlegung in der Tat bedeutet, aus der von uns vertretenen politischen Auffassung als notwendig ergab. Aus ihr heraus verlangen wir, daß die Unterlagen öffentlicher Kritik jeder Prüfung standhalten, Inhalt und Ton der Kritik getragen sind von dem Gefühl der Verantwortung und der Wachsamkeit auf das politische Allgemeininteresse. Wo wir diese Forderungen nicht erfüllt sehen, werden wir uns dagegen mit dem Recht der Gegenkritik, das wir für unser Teil, weder parteipolitisch noch interessenpolitisch gebundene publizistische Tätigkeit in Anspruch nehmen.

In diesem Zusammenhang weisen wir noch einmal ausdrücklich darauf hin, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung" halbamtliche Auslassungen durch ein besonderes Vorzeichen — zwei Sternchen — kennt und macht.

* * *

Wie die „P. P. N." erfahren, sind die Gerüchte, als ob bei den Verhandlungen der Mehrheitsparteien über die Neubildung der Regierung der Posten des Außenministers einbezogen und dessen anderweitige Besetzung in Aussicht genommen werden sei, gänzlich unbegründet.

Der Etat des Auswärtigen Amtes.

Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten (16. Ausschuß der Nationalversammlung) beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Neugestaltung des Etats des Auswärtigen Amtes. Die Vorschläge des Ministers des Auswärtigen fanden die allgemeine Zustimmung des Ausschusses. Der Reichshaushaltsausschuß wird sich anfangs nächster Woche mit dem Etat des Auswärtigen Amtes beschäftigen.

Wilson und d'Annunzio.

Von

Oscar Müller.

Daß der Friedensvertrag von Versailles nie mit seinem vollen Inhalt in Kraft treten wird, ist allmählich gemeinsame Ueberzeugung der internationalen Politik geworden. Deutschland hat ihn unterschrieben und erklärt, daß es ihn loyal erfüllen werde, soweit er überhaupt erfüllbar ist. Die Bereitung dieser ehrlichen Einschränkung wird heute auch von den Gegnern anerkannt, soweit sie nicht zur Verteidigung ihrer Politik genötigt sind, über die Mängel des Vertrags schweigend hinwegzugehen. Aber ganz abgesehen von dem formalen Bestand des Friedens, von dem der immer noch müßige Herr Clemenceau sagte, daß er allzu eilig habe ausgearbeitet werden müssen, ist es auch zweifelhaft, ob er überhaupt ohne weitere Reibungen und Komplikationen internationales Gesetz werden wird. Wilson hat seine ganze politische Persönlichkeit für die vorbehaltlose Ratifikation durch den Senat eingesetzt, aber es ist noch nicht klar, ob es ihm auf seiner Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten gelungen ist, den Widerstand der Republikaner zu brechen. Man hat jedenfalls den Eindruck, daß der Mann, der die ausschlaggebende Stellung seines Landes in der Weltkrise dazu benutzte, um seine eigenen, zum Teil von persönlicher Eitelkeit und von einem starren, rechthaberischen Charakter diktierten Anschauungen durchzusetzen, ohne doch die moralische und politische Kraft und Intuitivität für eine solche Aufgabe zu besitzen, — daß dieser Mann mit dem Frieden, durch den er Schiedsrichter der Welt werden wollte, den Kredit in seinem eigenen Lande und bei seinem Volk verloren hat.

Die Ratifikation durch Frankreich steht zwar offenbar bevor, da Clemenceau entschlossen scheint, sein Werk, soweit es den französischen Enderfolg gegen Deutschland bedeutet, in Sicherheit zu bringen. Aber immerhin wird auch hier noch einige Zeit verstreichen, da nach der bevorstehenden Ratifikation durch die Deputiertenkammer das Votum des Senats noch aussteht, das kaum vor Mitte des Oktober fallen wird, da Léon Bourgeois, der Vorsitzende der Senatskommission, dem Plenum noch nicht einmal seinen Bericht vorgelegt hat. Auch in Italien sind die Aussichten auf baldige Ratifikation nicht günstig; die Deputiertenkammer ist gestern zwar zusammengetreten, und der Bericht Lussattis, der die Annahme des Vertrags empfiehlt, liegt bereits vor, aber inzwischen ist die Verwicklung wegen der Zukunft Fiumes eingetreten, und man weiß vorläufig überhaupt nicht, ob Italien in Reih und Glied der Mächte bleiben wird und bleiben kann, die den Versailler Frieden diktierten. Da Japan die Entwicklung der Vereinigten Staaten über die Schantungfrage abwartet, ehe es sich endgültig bindet, ist England vorläufig die einzige Großmacht, die sich von ihrer eigenen Politik und den Erfolgen für die Zukunft befriedigt erklärt hat, was wohl auch eine zutreffende Charakteristik des Friedens bedeutet, denn in der Tat ist Großbritannien das einzige Land, das seine Wünsche, auch die des scheinsten und am meisten gekrankten, erfüllt sieht, und das den Unvollkommenheiten und Ungewißheiten des Vertrags dank seiner privilegierten Weltstellung getrost entgegensehen kann. Da zur Inkraftsetzung des Friedensvertrags die Ratifikation durch mindestens drei der verbündeten Großmächte gehört, so ist es außerordentlich unsicher, wann wir zu einem ordentlichen Abschluß dieser rechtlosen Zeit kommen werden, und ob nicht noch unvorhergesehene Ereignisse das ganze künftige System dieser Politik zerstören oder doch heillos verwirren.

Daß der Versailler Vertrag selbst die Voraussetzungen solcher Ereignisse in sich trägt, hat die neueste Entwicklung der Frage von Fiume gezeigt. Seit Wilson das Schicksal dieser Stadt italienischer Nationalität und des vom italienischen Festland aus kolonisierten und zivilisierten Dalmatiens sozusagen durch einen Staatsstreich gegen das Königreich entschied, ist der Versailler Frieden in Italien nicht viel anders angesehen als ein dem Besiegten mit Gewalt auferlegter Vertrag. Durch Monate hindurch hat Italien den Kampf gegen diese Vergewaltigung hingeschleppt und versucht, durch die diplomatischen Künste des neuen, an die alten Verträge persönlich nicht gebundenen Ministeriums Nitti-Tittoni ein Kompromiß zu erzielen, mit dem das Land befriedigt werden könnte. Wilson hat dies unmöglich gemacht, so daß es schließlich in letzter Stunde zu einem Zusammenstoß vorsichtiger und mit unabänderlichen, auch ökonomischen Tatsachen rechnender Realpolitik und der nationalistischen, durch das Abenteuer des Krieges gereizten Ehrsucht gekommen ist. Die italienische Regierung war mit Rücksicht auf die Abhängigkeit des Landes von der finanziellen und wirtschaftlichen Unterstützung durch die Entente, vor allem durch Amerika, gewillt, ein Kompromiß einzugehen, das die Entscheidung über die Zukunft der Stadt Fiume einem Plebiszit anheimstellte und das den Hafen internationalisierte. Die Unzulänglichkeiten der gemeinsamen interalliierten Garnison in Fiume wurden aber schließlich so schlimm, daß man eine Unterfuchungskommission nach Fiume schickte, die im Sinne des Wilsonschen Kompromisses dahin entschied, daß die militärischen Besetzungen stark reduziert und die Sicherheitspolizei in der Stadt durch Engländer ausgeübt werden sollte. Als dieser Verabredung gemäß der größte Teil der italienischen Truppen abziehen wollte, mischte sich d'Annunzio ins Spiel, veranlaßte die Wagemütigen, abenteuerlichen oder national Begeisterten unter Offizieren und Mannschaften zur Umkehr und trotzt nun von Fiume aus mit Waffen und Proklamationen der eigenen Regierung und dem Machtspruch der Entente.

Die augenblickliche Wirkung des Ereignisses war etwa die eines Kanonenschusses in der Kirche. In der Tat konnte der Handstreich unüberseehbare Folgen haben. Eine Vorstadt Fiumes, Susšak, von der italienischen Stadt durch den Fluß Recina getrennt, ist rein kroatisch. Die Gemüter konnten dort von selbst losgehen, und der lange befürchtete Zusammenstoß zwischen den beiden neuen Konkurrenten an der Adria, Italien und dem serbisch-kroatischen Königreich, war da. Zum Glück scheint bei den Truppen nicht viel Neigung zu besitzen, andere als gefahrlose Kriegsspielen zu verrichten, und so blieb es bei einem harmlosen Geplänkel, das durch ein serbisches Pressebureau lediglich literarisch zur Kriegshandlung aufgebauscht wurde. Auch d'Annunzio zeigt sich ziemlich besonnen und beschränkt sich vorläufig auf gut stilisierte Proklamationen und die Einübung eines neuen barbarischen Schlachtgeschreis. Die Meldungen, daß die Bewegung der „Regierung d'Annunzio" auch auf die italienischen Städte der dalmatinischen Küste übergegriffen habe, sind falsch oder zum mindesten stark übertrieben; auch die Zahl der dem kriegerischen Dichter zur Verfügung stehenden Kräfte ist wohl nicht so groß, wie er selbst und seine phantasiebegabten Kollegen im Journalismus in der ersten Aufwallung schrieben und telegraphierten. Was